Sonnabend, 29. August 1925 · 73. Jahrgang Nr. 408

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preis: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen (das Wort zu 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig). Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. 21—22. — Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3400 bis 3465. — Für den Fernverkehr Nr. 4307 bis 4309. — Postscheckkonto Nr. 234. Rudolf Mosse, Berlin NW 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Straße 67—68, Wiener Straße 1—4, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Große Frankfurter Straße 101, Greifswalder Straße 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 164, Schloßhauserdamm 4, Rheinberger Str. 75.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „U.K."
7 Uhr BERLIN UNSICHER

Fasanstr. 1, Müllerstr. 135, Badestr. 61, Königstr. 56—57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 58, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Hüblerstr. 69, Fidicinstr. 3; Charlottenburg: Tauentzienstr. 3, Kantstr. 54, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25—26, Kaiser damm 20; Friedenau: Rheinstr. 18, Hainoneé-Grunewald: Bismarckplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Licterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 38—39, Prankow: Borkholmer Str. 1; Schmargendorf: Kaiser-Friedrich-Str. 347—48, Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krullstr. 7; Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Ihnastr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21—22; Oppeln: Schlosstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschlesien: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 38; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Münchenstr. 31

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Montag Juristenkonferenz in London

Der Wortlaut der deutschen Empfangsbestätigung — Der Zweck der Londoner Sachverständigenbesprechungen

Die der französischen Regierung am 27. August überreichte Antwort der deutschen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der französischen Note vom 24. August zu bestätigen.

Die am Schluß der französischen Note ausgesprochene Ansicht, daß eine Fortsetzung des Notenwechsels kaum geeignet wäre, zu einer weiteren Klärung der mit dem Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammenhängenden Fragen zu führen, wird von der deutschen Regierung, die dem Wunsche nach möglichster Beschleunigung der Erörterungen in der Note vom 20. Juli auch ihrerseits Ausdruck gegeben hatte, durchaus geteilt. Die deutsche Regierung begrüßt deshalb die von Seiner Exzellenz dem französischen Herrn Botschafter mündlich mitgeteilte Anregung, daß die juristischen Sachverständigen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens möglichst bald zusammentreffen, um dem deutschen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, sich von den Ansichten der alliierten Regierungen über die juristische und technische Seite der zur Erörterung stehenden Probleme zu unterrichten.

Unter diesen Umständen glaubt die deutsche Regierung, nachdem sie ihren Standpunkt zu einer Reihe der wichtigsten Fragen in der Note vom 20. Juli dargelegt hat, von einer weiteren schriftlichen Erläuterung dieses Standpunktes und von einer Stellungnahme zu den Ausführungen der französischen Note jetzt absehen zu sollen.

*

Es war schon bekannt, daß die deutsche Antwort auf die letzte Briand-Note kein neuerliches Eingehen auf die sachlichen Probleme bringen, sondern eine einfache Empfangsbestätigung darstelle, verbunden mit der Mitteilung, daß die deutsche Regierung die Aufforderung zur Entsendung eines juristischen Sachverständigen annehmen. Der Wortlaut der Antwort betont ausdrücklich die rein informatorische Aufgabe des deutschen Delegierten zur Londoner Sachverständigenbesprechung.

Schon ein Paktentwurf in London?

London, 28. August.

Das bureaukratische Intermezzo, das zeitweilig zu einer Verlegung oder Verschiebung der Londoner Juristenkonferenz zu führen drohte, ist beseitigt. Dr. Gaus wird am Sonntag in London eintreffen, um daselbst in der deutschen Botschaft abzusteigen, die durch Fernbruder mit Berlin verbunden ist, so daß er in ständiger Fühlung mit der Reichsregierung bleiben kann. **Die Konferenz**, die sich nur mit dem Westpakt beschäftigt, **beginnt am Montag früh. Ihre Zeitdauer wird auf zwei bis sechs Tage geschätzt.**

Die Londoner Besprechungen sollen nur informatorischen Charakter haben, wobei es nicht ganz ausgeschlossen ist, daß, falls die Besprechungen erfolgreich fortschreiten, schon eine Art von Paktentwurf aufgesetzt wird, doch tut man gut, an dem informatorischen Charakter der Konferenz festzuhalten. Für die weitere Entwicklung der Paktfrage wird es interessant sein zu beobachten, inwiefern die Nachgiebigkeit Englands in der Schuldenfrage die Paktfrage etwa in dem Sinne beeinflußt, daß die Franzosen hier weniger Schwierigkeiten bereiten.

London, 28. August.

Der amtliche britische Funkdienst meldet: Die Verhandlungen zwischen den Rechtssachverständigen der deutschen, belgischen, französischen und britischen Außenministerien werden am Montag in London beginnen. Die Länder werden wie folgt vertreten sein: Gaus (Deutschland), Rolin (Belgien), Fromageot (Frankreich) und Sir Cecil Hurst (England). Der Zweck der Zusammenkunft ist, die deutsche Regierung durch ihren Sachverständigen von den Ansichten der Alliierten über die rechtliche und technische Seite der Probleme in Kenntnis zu setzen, die in dem vorgeschlagenen Sicherheitspakt enthalten sind.

Schnelldienst

Reichskanzler Dr. Luther hat dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Fischbeck zur Vollendung seines 60. Lebensjahres telegraphisch seine Glückwünsche ausgesprochen.

Der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner, dem das sächsische Gesamtministerium auf dem Begnadigungswege die Hälfte seiner mehr als dreijährigen Gefängnisstrafe erlassen hat, wird heute aus der Strafanstalt Bautzen entlassen werden.

Infolge des Sinkens der Getreidepreise wird der Brotpreis in Paris vom 18. September ab um 5 Centimes auf 1,35 Francs das Kilogramm herabgesetzt.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat einen mehrmonatigen Urlaub angetreten, während dessen der Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums Dr. Geib ihn vertritt.

Das badische Staatsministerium hat eine Verordnung über Straffreiheit erlassen, die sich grundsätzlich an die Reichsamnestie anlehnt, jedoch in wesentlichen Punkten über diese hinausgeht.

Ein englisch-amerikanisches Konsortium beabsichtigt den Bau eines ausgedehnten Untergrundbahnnetzes in London, das zwischen den Docks und den Hauptstapelplätzen der Stadt den Warenverkehr bewältigen soll.

Umschichtung des Arbeitsmarktes

Berufliche und örtliche Umsiedlung — Die industrielle Reservearmee

Die Schicksale Deutschlands in den letzten zehn Jahren haben ihren getreuen Spiegel auf dem Arbeitsmarkt gefunden: Anhäufung von Zehntausenden in alten und neuen Industrieorten, Umstellung auf die Friedenswirtschaft, Ueberflutung des Arbeitsmarktes durch das demobilisierte Heer, krampfhafte Produktionssteigerung in der Inflation und jetzt allmählicher Abbau unter krisenhaften Erscheinungen — krisenhaften Erscheinungen, die der äußere Ausdruck der Kontraktion der aufgeblähten Produktion auf das durch den nationalen und Weltverbrauchten gebotene Maß sind.

In dieser Zeit ist der Arbeitsmarkt schweren Erschütterungen ausgesetzt gewesen. Auch heute reckt sich drohend die Gefahr massenhafter Arbeitslosigkeit auf. Jeder Tag bringt neue Nachrichten, besonders aus dem Ruhrgebiet, der wirtschaftlichen Schlagader Deutschlands: Nachrichten von Massenkündigungen, von zusammenbrechenden Firmen, von gefährdeten Mammutkonzernen. Die Herabminderung der im Ruhrbergbau beschäftigten Arbeiterzahl ist heute das brennende Problem, das in seinen Rückwirkungen auf den allgemeinen Verbrauchsstandard, auf die Finanzen der Gemeinden und Kreise immer neue Folgeprobleme zeitigt. Bisher ist die Zahl der Ruhrarbeiter bereits um hunderttausend vermindert worden. Italiener, Polen und Tschechoslowaken, die die Hochkonjunktur der Nachkriegsjahre an die Ruhr gezogen hatte, sind abgewandert; ein großer Teil hat in Belgien und Frankreich Unterkunft gefunden.

Ungleich schwieriger war die Versorgung der deutschen Arbeiter. Soweit sie und ihre Frauen aus den östlichen Provinzen Deutschlands stammten, ist es gelungen, sie als Siedler mit ganzer oder mit halber Ackernahrung in ihre Heimat zurückzuführen. Die Kohlenarbeiter aber, die sich im Ruhrgebiet verheiratet hatten, waren für die Landwirtschaft verloren: die Frau aus dem Westen bequemt sich den spezifischen Formen des landwirtschaftlichen Betriebes im Osten, der Hofgängerei, nicht an.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der einzelnen Industrien sind ganz verschieden. Der Steinkohlenbergbau ist mit Arbeitskräften übersetzt, der Kali- und Braunkohlenbergbau verlangt Arbeitskräfte. Das Problem ist aber nicht gelöst, wenn die Arbeitsämter Bedarf und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte vergleichen. Die große Barriere gegen eine leichte Verpflanzung der Arbeiterschaft ist zunächst das Wohnungselend. Die örtliche und berufliche Umsiedlung erstreckt sich daher in erster Reihe auf ledige Personen. Dazu kommen Hemmungen besonderer Art. Die Löhne im Kalibergbau sind niedriger als im Steinkohlenbergbau, im Braunkohlenbergbau gelten zurzeit Löhne, die zu den niedrigsten Deutschlands zählen. Auch wenn die Lebensbedingungen in Mitteldeutschland billiger sind, als im Ruhrgebiet, so wirkt die relative Niedrigkeit des Nominallohns abschreckend. Ein gewisser Berufsstolz und die tausendfältige Verbundenheit mit der bisherigen Wohnstätte durch Familie und persönliche Beziehungen sprechen mit. Die Erfahrungen der Arbeitsämter gehen im allgemeinen dahin, daß es aus diesen Gründen leichter ist, Arbeiter aus dem Ruhrkohlenbergbau in ihnen fremden Gewerben unterzubringen als in verwandten Gewerben. Der Ruhrkohlenmann hält im Bauhandwerke leichter aus als im Kalibergbau oder im Braunkohlenbergbau.

Diese immense berufliche und örtliche Umsiedelung der Arbeiterschaft ist damit nicht zu Ende: Der Wechsel innerhalb der Betriebe ist immens. Im Frieden rechnete man mit einer Fluktuation im Einzelbetriebe je nach der Art des Gewerbes von 50 bis 90 Prozent. Heute ist diese Fluktuation teilweise auf 350 Prozent gestiegen. Vorausgesetzt, daß ein gewisser Stamm dem Betriebe trotzdem verbleibt, kann man in solchen Fällen sagen, daß die restliche Belegschaft viermal im Jahre wechselt. Zum Teil hängen diese ungesunden Zustände, die den Arbeitgebern willkommene Ge-

Die Stinnes-Gläubiger werden befriedigt

Das Stützungskonsortium löst sich auf — Die vier D-Banken übernehmen die Durchführung der Liquidation

Das Stützungskonsortium für die Firma Stinnes veröffentlicht einen Bericht, in dem u. a. erklärt wird:

Im Einvernehmen der führenden Banken mit der Familie Stinnes werden die Kohleninteressen des Konzerns zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebilde vereinigt. Es wird eine neue Kohlenhandels A.-G. mit einem Aktienkapital von 25 Millionen Mark gegründet, die das Kohlenhandelsgeschäft übernimmt. In diese Aktiengesellschaft werden diejenigen Werte eingebracht werden, die die Grundlage für diesen Zweig der Stinnesschen Interessen bilden, d. h. Grundstücke und Gebäude, die in den verschiedenen Städten dem Kohlenhandelsbetrieb dienen, 42 000 t Rheinschiffe, etwa 50 000 t Tonnage enthaltende See-Kohlendampfer, Hafenanlagen und Umschlagplätze, sowie mit dem Kohlengeschäft zusammenhängende Beteiligungen und Debitoren. Die Gesellschaft wird ferner die Majorität des Mülheimer Bergwerks-Vereins übernehmen, die für die Aufrechterhaltung der bisherigen Basis des Kohlengeschäfts von Bedeutung ist.

Die Gesellschaft erhält außerdem eine Option auf die Majorität der Kuxe der Zeche „Mathias Stinnes", um in der Lage zu sein, diese in einem späteren Stadium der Entwicklung zu einem festen Preise zu übernehmen. Unabhängig hiervon werden die Verhandlungen wegen eines Verkaufs der Majoritätsbeteiligung an dieser Zeche, die zurzeit geführt werden, fortgesetzt. Es ist vorgesehen, daß, falls sie zu einem Ergebnis führen, das der Gesellschaft eingeräumte Optionsrecht abgelöst werden kann. In diesen Falle wird durch entsprechende Verträge mit dem Erwerber dafür Vorsorge getroffen werden, daß die bisherigen geschäftlichen Beziehungen unverändert aufrechterhalten bleiben.

Die Durchführung dieser Transaktion ist durch die Darmstädter und Nationalbank, Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft und Dresdner Bank sichergestellt.

Im Zusammenhange mit dieser Transaktion und auf Grund der getätigten Verkäufe gelangt das Garantiekonsortium zur Auflösung,

und der von der Seehandlung unter Bürgschaft des Garantiekonsortiums gegebene Kredit wird zurückgezahlt. Die seinerzeit auf Grund der von der Firma Stinnes dargelegten Vermögensziffern mit dem Garantiekonsortium vereinbarte Provision von 1,6 Millionen Mark wird auf Anregung der führenden Banken zunächst nicht zur Auszahlung gelangen. Die Banken werden erst am Schlusse der Liquidation sich endgültig darüber schlüssig werden, ob und inwieweit deren Ergebnis unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse der Firma Stinnes eine solche Provisionszahlung zuläßt. Die Banken haben, wie in diesem Zusammenhange festgestellt wird, aus den bisher getätigten Verkäufen von Stinnes-Werten weder unmittelbar noch mittelbar Provisionen oder sonstige Gewinne erzielt und wollen auch diese Transaktion ohne Gewinn durchführen.

Es ist anzunehmen, daß die verschiedenen eingeleiteten Verkaufsverhandlungen zu einer Auflösung des Stillhalte-Syndikats innerhalb der vorgesehenen Zeitspanne, das heißt bis zum 15. Dezember dieses Jahres führen werden. Die bisher führenden drei Banken haben sich bei der bisherigen Liquidation bemüht, in erster Linie denjenigen Aktienbesitz abzustoßen, der für die nächste Zeit keine oder nur geringe Erträge versprach, und den länger zu halten angesichts der großen Schulden- und Zinsenlast des Konzerns nicht verantwortet werden konnte. Der Erlös aus den bisher erfolgten Realisierungen entspricht den ursprünglichen Bewertungen, nur das Aktienpaket Deutsch-Luxemburg mußte billiger abgegeben werden. Die Politik der ruhigen und sachgemäßen Abwicklung wird von den vier Banken fortgesetzt werden.

Der Status des Konzerns zeigt heute noch eine Gesamtschuld von zirka 112 Millionen Mark, zu denen zirka acht Millionen Mark Bürgschaften hinzutreten. **Diesen gesamten Verpflichtungen stehen Werte gegenüber, die man auch unter Berücksichtigung der schwierigen Zeitverhältnisse mit rund 140 Millionen Mark annehmen kann, so daß die Befriedigung aller Gläubiger gesichert ist.** Die in dieser Auffstellung aufgeführten Objekte bestehen, abgesehen vom Hausund Landbesitz, aus dem Besitz an lebensfähigen und mit Ueberschüssen arbeitenden Gesellschaften. Die aus der Liquidation, insbesondere des Eisengeschäftes und aus Debitoren zu erwartenden Eingänge werden eine wesentliche Erleichterung des Status bringen.

Die Banken stellen zum Schluß fest, daß die bisherigen Verkäufe unter einheitlicher Zustimmung des Komitees — dem die Herren Dr. Silberberg, Dr. Boegler, Wittheoft, Goldschmidt, Schlitter und Urbig angehören — und der Vertreter des Hauses Stinnes erfolgt sind.

Die Lohnverhandlungen bei der Reichspost

Verlagung bis September

Die Lohnverhandlungen bei der Deutschen Reichspost sind mit Rücksicht auf die zurzeit schwebenden Maßnahmen der Reichsregierung bis Anfang September vertagt worden.

Echener auf der Leipziger Messe. Wie das Leipziger Meßamt mitteilt, besucht Dr. Eckener die Leipziger Herbstmesse und hält am Dienstag, 1. September, mittags 12 Uhr im Astoria-Theater einen Vortrag über Luftschiffahrt und Weltwirtschaft.